



Trotz Krieg fahren Flixbusse bis nach Kyjiw wie sicher ist die Westukraine?

Adrian Schmid

Ukrainer verlieren Schutzstatus In der Schweiz entbrennt ein Streit um die Rückkehr von ukrainischen Geflüchteten. Auslöser ist die Einteilung des Landes durch den Bund in sichere und unsichere Regionen.

Die Trauer im Dorf Lapajiwka bei Lwiw ist unermesslich. «Das ist einfach nur schrecklich», sagt eine Frau, um Worte ringend, einem Fernsehsender. Das Nachbarhaus ist komplett zerstört, nachdem es am vergangenen Sonntag bei einem russischen Luftangriff getroffen wurde. Vier Personen kamen ums Leben, darunter ein 15-jähriges Mädchen. «Wir können nicht glauben, dass sie nicht zum Unterricht zurückkehren wird», schreibt ihre Schule auf Facebook.

Die Drohnen- und Raketenangriffe von letzter Woche gehören laut ukrainischen Berichten zu den heftigsten in der Region Lwiw seit Kriegsausbruch. Trotzdem wird die Gegend vom Staatssekretariat für Migration (SEM) als sicher eingestuft. Lwiw gehört zu den sieben Regionen in der Westukraine, in die Flüchtlinge nach Ansicht der Behörde zurückkehren können. Neuankömmlinge aus diesen Gebieten erhalten in der Schweiz ab November keinen Schutzstatus mehr, wie diese Woche der Bundesrat entschieden hat.

Aufgrund der jüngsten Ereignisse in Lwiw kritisieren Linke den Entscheid des Bundes scharf. «Die Realität dieses Angriffskrieges zeigt klar: Es gibt in der Ukraine keinen sicheren Ort», sagt SP-Nationalrätin Céline Widmer. Gemäss dem grünen Nationalrat

Balthasar Glättli spielt die Einteilung der Ukraine in sichere und unsichere Regionen nur «Putin in die Hände», wie er auf Bluesky schreibt.

SEM setzt den Parlamentsentscheid um

Das SEM verteidigt das Vorgehen. Die Rückkehr in die sieben Regionen im Westen der Ukraine sei deshalb zumutbar, weil dort eine Person «nicht jederzeit einer Situation der allgemeinen Gewalt und einer konkreten Gefahr an Leib und Leben ausgesetzt» sei, schreibt die Bundesstelle auf Anfrage. Das SEM musste eine regionale Unter-

scheidung einführen, weil dies das Parlament so wollte.

Dass Lwiw aufgrund der Luftangriffe der letzten Tage bald als unsicher eingestuft wird, ist nicht zu erwarten. Das SEM schreibt zwar, es beobachte die Lage «aufmerksam» und passe die Beurteilung gegebenenfalls an. Dennoch liefert die Antwort keine Hinweise, dass die Gefährdungslage auf absehbare Zeit grundlegend anders eingeschätzt würde. Die Häufigkeit von Luftschlägen spielt bei der Einstufung zwar eine Rolle. Die westliche Ukraine ist aber von der Kriegsfront im Osten, wo auch Bodentruppen einge-

setzt werden, immer noch weit entfernt.

Das SEM stützt sich bei seinem Urteil auf eine «umfassende

Lagebeurteilung» vom vergangenen August. Bis zu diesem Zeitpunkt war es in der Westukraine in der Tat ruhiger. Seit Jahresbeginn wurden in einigen Verwaltungsregionen, in der Ukraine heissen sie Oblaste, nur zwei bis drei Luftangriffe registriert. In fünf Regionen, deren Fläche zusammengezählt doppelt so gross wie die Schweiz ist, gab es keine zivilen Todesopfer. Dies zeigen Daten des Ukraine-Konflikt-Monitors der Nichtregierungsorganisation Acled.

Auch von der SVP gibt es Kritik

In allen sieben Regionen, die das SEM als sicher einstuft, registrierte der Monitor in der Zeit vom 1. Januar bis zum 3. Oktober gesamthaft rund 60 Vor-

fälle wie Luftschläge, Explosionen oder Kämpfe. Acht Zivilpersonen kamen dabei ums Leben. Die vier Toten des Angriffs auf das Dorf Lapajiwka vom letzten Sonntag sind in den Daten noch nicht enthalten.

Zum Vergleich: In der Hauptstadt Kyjiw wurden im gleichen Zeitraum 181 kriegerische Ereignisse und 145 zivile Tote gezählt.



In der Region Donezk im Osten, wo der Krieg am intensivsten ist, waren es gar 19'000 Ereignisse und 584 Todesopfer aus der Zivilbevölkerung.

«Im Westen der Ukraine ist es deutlich sicherer als im Osten», sagt GLP-Nationalrat Martin Bäumle. «Eine 100-prozentige Sicherheit hat man aber auch dort nicht.» Die Angriffe und die Angst hätten zuletzt wieder zu-

genommen. Dennoch ist er der Ansicht, dass Schweiz-Flüchtlinge aus den westlichen Regionen der Ukraine «theoretisch zurückkehren könnten». Der Bund dürfe aber niemanden zur Rückkehr zwingen.

Bäumle ist der beste Ukraine-Kenner im Schweizer Parlament. Er ist mit einer Ukrainerin verheiratet und organisiert über Greencross Hilfslieferungen ins kriegsversehrte Land. Der Zürcher trägt die SEM-Einteilung der Ukraine in sichere und unsichere Gebiete mit, wie er sagt. «Der Bundesrat hat den Entscheid des Parlaments pragmatisch umgesetzt.»

Kritik gibt es aber nicht nur

von links, sondern auch von der SVP. Nationalrat Pascal Schmid bezeichnet die Umsetzung als

«halbherzig und zaghaft». Der Bund «hätte sich im Minimum an die norwegische Einteilung der sicheren Gebiete halten müssen», sagt er.

Norwegen unterteilt die Ukraine seit gut einem Jahr in sichere und unsichere Regionen. Dabei werden im Vergleich zur Schweiz doppelt so viele Oblaste als sicher eingestuft, darunter auch solche in der Zentralukraine.

«Die Flixbusse nach Kyjiw sind meist ausgebucht», sagt Schmid. Dies zeige, dass es selbst in der Hauptstadt relativ sicher sei, auf jeden Fall in deren Umland. «Sonst würde ja niemand dorthin reisen.» Auch Norwegen stuft das Gebiet um Kyjiw als sicher ein.

4000 Ukrainer haben die Schweiz heuer verlassen

Die SVP will nun dafür sorgen, dass nicht nur Neuankömmlinge aus den westlichen Regionen der Ukraine keinen Schutzstatus

mehr erhalten. Zusätzlich sollen diejenigen, die schon hier sind, zurückkehren müssen. Rund ein Zehntel der 70'000 Ukraine-Flüchtlinge in der Schweiz stammen aus den sieben Oblasten.

«Der Status S ist für Leute vorgesehen, die unseren Schutz wirklich benötigen», sagt Schmid. Heute kämen viel zu viele, die den Schutzstatus missbrauchten, ihr eigenes Land im Stich lassen und die Schweiz ausnutzen würden. «De facto hat der Bundesrat für Ukrainer eine Personenfreizügigkeit direkt in den Sozialstaat eingeführt.» Der SVP-Mann verweist auf die tiefe Erwerbsquote der Leute mit Status S, die derzeit bei 35 Prozent liegt.

Das SEM rechnet heuer mit rund 12'000 Personen aus der Ukraine, welche die Schweiz neu um Schutz ersuchen. Die Zahl der monatlichen Gesuche sank bis im Mai auf unter 600 Fälle. Im Juli und August waren es wieder über 1000. Andererseits haben im laufenden Jahr rund 4000 Ukrainerinnen und Ukrainer die Schweiz verlassen.

SonntagsZeitung

8021 Zürich

044/ 248 41 11

<https://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung>

Medienart: Print

Medientyp: Tages- und Wochenmedien

Auflage: 111'073

Erscheinungsweise: wöchentlich



Seite: 8

Fläche: 88'500 mm²

Auftrag: 3007101

Themen-Nr.: 320021

Referenz:

26fdc5e5-29e2-42b9-9d7e-bd283669c2a8

Ausschnitt Seite: 3/3

